

Es folgt die namentliche Abstimmung über das Vertrauensvotum der Regierungsparteien.
Es lautet: "Die Reichsregierung bezieht das Vertrauen des Reichstages".
Die Spannung ist inzwischen auf höchste gestiegen. Für das Vertrauensvotum stimmen die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die Demokraten. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, die Wirtschaftlichen und die Kommunisten. Es enthalten sich die Sozialdemokraten und die Wirtschaftliche Vereinigung.
Die Abstimmung hat folgenden

Ergebnis:

Es sind abgegeben worden 440 Stimmen. Enthaltungen haben sich 130 Abgeordnete, mit Ja haben gestimmt 160, mit Nein 150.
Das Vertrauensvotum ist also angenommen.
Die Mißtrauensanträge sind damit erledigt.
Das Haus verläßt 10 Uhr.
Freitag 2 Uhr: keine Vorlagen.
Schluß 7 1/2 Uhr.

Das Stimmverhältnis.

Es haben für den Vertrauensantrag gestimmt: Vom Zentrum 64, von der Deutschen Volkspartei 47, von der Bayerischen Volkspartei 18, von den Demokraten 80, von der Wirtschaftlichen Vereinigung 1 Mitglieder; insgesamt 160 Mitglieder.

Es haben gegen den Vertrauensantrag gestimmt: Von den Deutschnationalen 102, von den Kommunisten 39, von den Wirtschaftlichen 8 Mitglieder, 1 Fraktionsloser (Rat); insgesamt 150 Mitglieder.

Der Stimmverhältnis haben sich 112 Sozialdemokraten und 18 Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung; insgesamt 130 Mitglieder.

Von den 131 Sozialdemokraten haben 18 gefehlt und eine Stimme war ungültig, von den 110 Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei haben 8 Mitglieder gefehlt, von den 68 Zentrumsmitgliedern 4, von den 51 Mitgliedern der Deutschen Volkspartei 4, von den 44 Kommunisten 5, von den 32 Demokraten 2, von den 21 Mitgliedern der Wirtschaftlichen Vereinigung 2, von den 19 Mitgliedern der Bayerischen Volkspartei 1, von den 15 Wirtschaftlichen 7 Mitglieder, einschließlich des aus der heutigen Sitzung ausgeschlossenen Abgeordneten Henning. Außerdem hat der fraktionslose Lange-Degermann gefehlt.

Die Berliner Presse zu dem Vertrauensvotum für das Reichskabinett.

Berlin. Die "Deutsche Zeitung" steht in der Annahme des Vertrauensantrags für die Reichsregierung, die durch eine Minderheit gegen eine Minderheit bei Selbstauswahl beinahe eines Drittels des Reichstages zustande gekommen sei, eine tatsächliche Niederlage der Regierung und wiederholt ihre Parole: Opposition mit allen Mitteln und in jeder Form.

Die "Deutsche Tageszeitung", die zwar erklärt, daß die Reichsregierung nach den Zahlen der gestrigen Abstimmung das Vertrauen des Reichstages nicht besitze oder zum mindesten in höchst unzulänglicher Weise, betont doch, daß bisher keine der ausfallenden Oppositionsparteien sich zur grundsätzlichen Opposition bekannt habe. Die Regierung habe also die Möglichkeit zu beweisen, daß sie etwas kann.

Die "Vossische Zeitung" schreibt: "Obwohl wir mit der Locarno-Politik nicht einverstanden sind und bei vielem andern, was Luther mit seinem Namen gedeckt hat, den starken Kompromißcharakter bedauern, begrüßen wir doch den Erfolg der politischen Führerpolitik, den Luther getreu erzwingen hat".

In der "Täglichen Rundschau" heißt es: "Ein harter Kampf, ein knapper Sieg, aber die Bahn frei für sachliche Arbeit! In den Kämpfen um den Etat wird sich zeigen, ob die Regierung auf der Basis des gestrigen Vertrauensvotums weiteren Boden gewinnen kann". Die demokratischen Blätter bringen zum Ausdruck, daß das Kabinett Luther getreu in der Außenpolitik einen großen Sieg errungen habe.

Das "Berliner Tageblatt" sagt zu der Verweisung des deutschnationalen Antrags, der sich gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund richtet, an den anmächtigen Ausschuß: "Zum ersten Male hat sich die Große Koalition bei einer außenpolitischen Entscheidung zusammengefunden".

Der "Vorwärts" betont: "Um der Außenpolitik willen hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem zweiten Kabinett Luthers das Leben gelassen. Sie will den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht gefährden, indem sie die Regierung, mit der sie in diesem Punkte einig ist, stützt".

Aus dem Reichstage.

Berlin. (Zuspruch.) Der Reichstagsausschuß für die Unterföderung der Dememarbe hat sich gebildet und zum Vorsitzenden den Abg. Schetter (Zentr.) gewählt. Auch der parlamentarische Beirat der Zentrale für Heimatdienst hat sich konstituiert und zum Vorsitzenden den Abg. Dr. Schreiber (Zentr.) bestimmt, zu Stellvertretern die Abg. Rumm (Dn.) und Sölmann (Zog.).

Der Ausschuß des Reichstages ist für heute 4 Uhr nachm. einberufen worden, um die Beratung des Reichshaushaltsplans für 1926 vorzubereiten und einen Arbeitsplan aufzustellen. Die erste Lesung des neuen Etats findet am nächsten Mittwoch statt. Sie wird mit einer Rede des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold eingeleitet werden.

Im Reichstagsuntersuchungsausschuß für die Brandweinmonopolverwaltung gab der Präsident der Monopolverwaltung einen Bericht über die Tätigkeit dieser Verwaltung. Der Ausschuß nahm den Bericht entgegen und vertagte sich dann bis zum nächsten Freitag, um den Mitgliedern Zeit zur Prüfung des Materials zu lassen.

Deutschnationale Anträge.

Im Reichstage ist ein Antrag Dr. Reichert (Dn.) eingegangen, der zur Förderung der deutschen Wirtschaft die sofortige Einräumung erheblicher verbilligter Ausfuhrzölle aus den Mitteln des Reiches fordert.

Weiter wird in einer Interpellation Dr. Luanz (Dn.) die Regierung aufgefordert, auf die Reichsbahn dahin zu wirken, daß sie sich in erster Linie auf die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft einstellt.

Ferner hat die Wirtschaftliche Vereinigung einen Beschlussempfehlung eingebracht, wonach die Sonntagsernte im Handelsgewerbe den Bedürfnissen des Handels entsprechend neu geregelt werden soll.

Eine Ansprache des Reichstanzlers.

Berlin. (Zuspruch.) Reichstanzler Dr. Baumbach hielt heute mittag bei Eröffnung der Ausstellung von Gemälden von Louis Corintz in der Nationalgalerie eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: "So sehr gerade in Zeiten wie den heutigen das Politische und Wirtschaftliche im Vordergrund steht, wollen wir doch nicht vergessen, daß sich das eigentlich Menschliche besonders stark in den Dingen der Kultur auswirkt und daß wir uns ein Leben unseres Volkes, ja ein Leben der Menschheit ohne dieses inneres Verhältnis zu Kunst und Kultur überhaupt nicht zu denken

vermögen. Gerade bei der Malerei, überhaupt bei aller Kunst, die wir mit den Augen sehen, dürfen wir ausdrücken und empfinden, daß die Zielgültigkeit unserer deutschen Kulturlebens sich besonders stark zusammenschließt in einem einheitlichen deutschen Kulturleben".

Durch das Leben von Louis Corintz ist ein schwerer Bruch gegangen. Louis Corintz hat das Schicksal einer schweren Krankheit erfahren. Er oder hat die Kraft wieder gefunden und auch nach den Jahren seines gesundheitlichen Zusammenbruchs Weiterwerke geschaffen. Diese kraftvolle Einstellung zum Leben, diese Bejahung zum Leben auch dann, wenn Hindernisse eintraten, muß und für das deutsche Volk ein Vorbild sein. Durch das Leben des deutschen Volkes ist auch ein schwerer Bruch gegangen.

Darum dürfen wir aber seinen Augenblick vorzuziehen, sondern wir müssen wie Louis Corintz die Kräfte unserer Seele zusammenfassen, um zu arbeiten und zu schaffen, was wir bezwecken imstande sind.

Das Leben des einzelnen Menschen vergeht, das Volk aber bleibt. Das Volk bleibt dauernd und dauernd bleibt die deutsche Kunst. (Zedd. Weisak.)

Vertilgung und Sächliches.

Wien, den 29. Januar 1926.

Wetterberichterstattung für 30. Januar. (Mitgeteilt von der Städt. Landeswetterwarte zu Dresden.) Zum heutigen Abend rasche Erdrung und später vorübergehend Regenfälle, dabei Temperaturen anfehend, im Flachland um Mittag durchschnittlich bis zu 8 Grad Wärme, später zum Abend Temperaturen wieder zurückgehend bei teilweise abnehmender Bewölkung. Allgemein an Stärke zunehmende Winde, anfangs aus südlichen, später aus westlichen Richtungen; höhere Gebirgslagen teilweise stürmische Winde. — Allgemeiner Witterungscharakter der nächsten Tage: Fortdauern recht veränderlicher Witterung, Temperaturen schwankend, im Flachland teilweise mild; bis zu mittleren Gebirgslagen keine Froste von Bedeutung.

Daten für den 30. Januar. Sonnenaufgang 7,42; Sonnenuntergang 4,48; Mondaufgang 6,21 R., Monduntergang 8,30 B. — 1840: Einrichtung Karls I. von England vor dem Palast Whitehall in London (geb. 1600); 1781: Der Dichter Adalbert v. Chamisso in Boncourt i. d. Champagne geb. (gest. 1888); 1871: Uebertritt der französischen Armee in die Schweiz; 1902: Abschluß des englisch-japanischen Schup- und Trughandelsvertrages; 1911: Der Afrikaforcher G. A. Schilling geb. (geb. 1868).

Der 2. Termin der Kirchensteuer ist 1844. Im amtlichen Teil gibt der Rat der Stadt bekannt, daß nach Ablauf der Vermögensprüfung (22. Februar 1926), nach erfolgtem Wahlverfahren die zwangsweise Eintreibung der Steuern erfolgen wird.

Milch- und Milcherzeugnisse in der Volksernährung. Im Wienarsaal des Reichswirtschaftsrats fand am 21. Januar unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Ogeborn eine vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft einberufene Sitzung statt, die sich mit der Frage zu beschäftigen hatte, wie dem zur Zeit bestehenden unerwünschten Zustande abzuhelfen sei, daß trotz steigender und noch erheblich steigender Milchpreise die Milchproduktion in Deutschland hinter dem der Vorkriegszeit und besonders hinter dem Verbrauch in anderen Ländern, den nordischen Staaten, der Schweiz, England, Amerika u. a. erheblich zurückbleibt. Nach einem einleitenden, durch Lichtbilder erläuterten Vortrag des Professors Dr. Richterberger, Kiel, äußerten sich Vertreter der anwesenden Organisationen der Land- und Milchwirtschaft und der Verbraucher (Hausfrauenvereine, Gewerkschaften u. a.) übereinstimmend dahin, daß die Bekämpfung des Milchmangels für Ernährung und Landwirtschaft auf einen erhöhten Verbrauch von Milch und Milcherzeugnissen hinauszuwirken, durchaus begrüßenswert seien und erklärten sich zur Unterstützung dieser Bekämpfungen bereit. Dabei bestand Uebereinstimmung darüber, daß die Lebenshaltung durch stärkere Verwendung von Milch im Haushalt zweifelslos zweckmäßiger und billiger gehalten werden könne, daß jedoch die Frage, wieviel Milch die Säuglinge und Kleinkinder genießen sollen, vom ärztlichen Standpunkt aus sorgfältig zu prüfen ist. Vorerst soll die Frage in einem engeren Kreise von Sachverständigen aus sachlichen, ärztlichen und Verbraucher-Kreisen weiterberaten und dabei auch geprüft werden, wie in freiwilliger Zusammenarbeit mit den beteiligten Wirtschaftskreisen auf eine weitere Besserung der Qualität der Milch hingewirkt werden kann.

Der Tarifstreik im Baugewerbe. Die gestern neuerdings vom Reichsarbeitsministerium zur Aufhebung des Tarifstreikes im Baugewerbe verhandelten Vergleichsverhandlungen über die am 23. Dezember für die Verlängerung des Manteltarifes und die Gehaltsregulierung gefällten Schiedsprüche, sind, wie wir bereits gestern berichtet haben, wiederum gescheitert. — Wie der Deutsche Baubeamten-Verein hierzu mitteilt, liegt die Schwierigkeit für eine Einigung vornehmlich darin, daß die Vertreter des Reichsverbandes der Bauingenieure erklärten, für sie seien die hinsichtlich der Arbeitszeitfestsetzung und Ueberstundenbezahlung vorgelegenen Bestimmungen nicht annehmbar. Andererseits hielten die Angelegenheitsvertreter daran fest, daß auf die im Schiedspruch enthaltene Regelung nicht verzichtet werden könne. Da von den Arbeitsnehmerorganisationen die Verbindlichkeit beantragt worden ist, liegt die Entscheidung jetzt beim Reichsarbeitsminister.

Ausdehnung der Bemannungen in Sachsen. Der sächsische Landtag nahm in seiner gestrigen Sitzung einen von dem linkssozialistischen Abgeordneten Krat eingebrachten Antrag, die Bemannungen aus solchen Berufen auszudehnen, die mit der wirtschaftlichen oder politischen Erregung des Jahres 1925 in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang stehen, in namentlicher Abstimmung mit 46 der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 39 Stimmen der bürgerlichen Parteien an. (Siehe Landtagsbericht.)

Bereitigung des neuen Finanzministers. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt nunmehr mit: Der Ministerpräsident hat vorgezogen, am 27. Januar 1926, den Landtagsabgeordneten, Direktor der Sächsischen Bank, Ministerialdirektor a. D. Dr. Julius Dehns zum Finanzminister ernannt und auf die Reichs- und Bundesverwaltung vereidigt.

Oberst Georg Giese t. Am 24. Januar ist Oberst Georg Giese, ein pflichttreuer, überaus gewissenhafter Frontoffizier, von langem Leben durch den Tod erlitt worden. Geboren am 4. Juli 1858 in Dresden trat er nach Beendigung des Kadettenkorps im April 1877 als Oberleutnant beim 3. Infanterie-Regiment Nr. 102 ein und wurde hier 1878 zum Sekondeleutnant befördert. Bei der Errichtung des 9. Infanterie-Regiments Nr. 123 trat er mit der ausgeschlossenen Kompanie zu diesem Regimente über, wurde 1888 Kompaniechef und 10. Infanterie-Regiment Nr. 124, 1891 Hauptmann und Chef der 6. Kompanie, mit der er sich die Königskrone und den silbernen Schutze, den Ehrenpreis für hervorragende Schießleistung, seiner Kompanie erwarb. 1900 löschte er sich als Major beim 3. Infanterie-Regiment „Prinz Georg" Nr. 106, später in gleicher Stellung und als Bataillionskommandeur beim 14. Infanterie-Regiment Nr. 179 und 4. Infanterie-Regiment Nr. 128. Vom Jahre 1905 ab war er beim 1. Infanterie-Regiment Nr. 11 in Dresden tätig, wo er bis zum Frühjahr 1914. als Oberstleutnant und 2.

Stabschef, erstvortragende Dienst leitete. Im Weltkrieg wählte er Kraft und praktische Erfahrung wieder den aktiven Oberstleutnant. Quers Kommandant einer mobilisierbaren Bataillionskommandantur im Westen, ging er im Dezember 1914 als Bataillionskommandeur des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 244 nach Flandern, mußte aber infolge neuer Veranlassung an rheumatischen Leiden, die er noch im April 1914 in Wiesbaden zu bessern versucht hatte, in die Heimat zurückkehren, bis er nach Führung verabschiedeter Urlaubskarte im Frühjahr 1915 zum Kommandeur eines sächsischen Bataillons des neuerrichteten preussischen Infanterie-Regiments Nr. 874 im Osten ernannt wurde. Hier, wie vordem in Flandern, hat er sich in zahlreichen Schlachten, Gefechten und im Stellungskrieg als alter erprobter Frontoffizier glänzend bewährt und sein Bataillon in anerkannt persönlicher Tapferkeit zu Sieg und Ruhm geführt. Als im Frühjahr 1917 sein Bataillon, das ihn als Führer und fürsorglichen Freund hoch verehrte, zum neuerrichteten Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 106 übertrat, wurde er zum Stabschef der stellvertretenden 47. Infanterie-Brigade verlegt. Am 21. Mai 1917 wurde er unter Verleihung des Charakters als Oberst von dieser Kriegsstelle entbunden. Körperlich und geistig rüstig und bemeinlich lebte er seitdem im wohlverdienten Ruhestand. Ein echt deutschgeistiger Mann, ein lauterer Charakter, ein allseitig bewährter Offizier, ist zur großen Arme abgerufen worden.

Verwendung von Geld in gewöhnlichen Briefen. Beim Publikum besteht noch sehr vielfach die Meinung, Geldscheine durch gewöhnliche Briefen abzugeben zu lassen. Gewiß ist die Unsicherheit der ersten Nachkriegsjahre mehr und mehr geschwunden, die Verhältnisse haben sich gebessert, die Reichspost hat zur Verbesserung eines solchen Zustandes keine Kosten gescheut. Aber bei einem großen Verlonalbestand wie bei der Reichspost wird es immer ungenügende Elemente geben, die das Publikum durch die Verwendung von Geldscheinen in einfachen Briefen immer wieder zu Bedenken anreizt. Aber auch die Briefkastenwärter bauen ja ihre Tätigkeit in der Hauptsache darauf auf, daß sie in den erdienten Briefen Geldscheine finden. Es kommt ihnen weniger auf die unentwerteten Freimarken an. Wie oft kommt es aber auch vor, daß einfache Briefe mit Geldsendungen schon vorher unterlagert werden. In einem Oberpostdirektionsbezirk wurden während eines sechsmonatigen Zeitraumes 28 derartige Fälle zweifelslos aufgedeckt. Und vorher hieß es natürlich, die unzuverlässige Post. Abgesehen davon aber ist die Post für den Verlust oder die Beschädigung gewöhnlicher Briefe nicht ersparlich, aber auch bei den Einschreibebriefen besteht nach § 10 des Postgesetzes die Haftung nur für den Verlust, nicht aber für die Beschädigung eines Einschreibebriefes. Weht ein derartiger Brief verloren, so erhält der Absender 40 Mark Ersatz. — Man könnte über dieses Thema noch mancherlei zur Unterrichtung des Publikums sagen. Die einzige richtige und sichere Art, Geld zu verschicken, ist die mit Postanweisung, oder Zahlkarte event. auch Geldbrief, oder die Einrichtung eines Postcheckkontos mit einer Stammeinlage von 5 Mark.

Die 22. Wanderausstellung der D.D.G. in Breslau. Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft Berlin, veranstaltet in der Zeit vom 31. Mai bis 6. Juni d. J. ihre 22. Wanderausstellung in Breslau. Trotz mehrfacher geäußelter Bedenken ist der Vorstand der D.D.G. nach eingehenden Beratungen zu dem Beschluß gekommen, die Ausstellung in allen Abteilungen voll durchzuführen, denn er erblickt in den Wanderausstellungen mit Recht ein der wirksamsten Mittel, die deutsche Landwirtschaft stark zu machen zur Ueberwindung vieler Schwierigkeiten, die an sie heranreten. Selbstverständliche Voraussetzung ist dabei, daß jeder Luxus und jeder unnötige Aufwand in Kaufmachung und Beschaffung vermieden wird, und daß die Veranstaltung lediglich darauf eingeleitet wird, die Landwirtschaft, die landwirtschaftliche Maschinenindustrie und die verwandten Gewerbe anzuregen und ihre Absatzmöglichkeiten, besonders in Ost- und Westeuropa, zu erweitern. Die Ausstellung findet in Breslau-Schmiedefeld statt. Das Gelände liegt in verkehrstechnischer Hinsicht sehr günstig. Umfangreiche Verladerrampen dienen der Bewältigung der An- und Abfuhr der Ausstellungsgüter. Der Personenverkehr von Breslau nach Schmiedefeld wird mit Eisenbahn und Straßenbahn durchgeführt. Bei genügender Beteiligung verkehren aus allen Teilen des Reiches Sonderzüge mit ermäßigtem Fahrpreis nach Breslau. Die Breslauer Ausstellung wird in gewohnter Weise alle Zweige der Landwirtschaft umfassen. Neben der Tierzucht und der Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte finden im Rahmen der Ausstellungsergebnisse eine Reihe von Sonderausstellungen statt, so für Wein, Tabak, Milchwirtschaft, Kolonialwirtschaft, Landarbeit und Hauswirtschaft. Die Veranstaltung von Reit- und Fahrturnieren an den Ausstellungsnachmittagen ist geplant. Eine große Reihe von Ausstellungen wird Gelegenheit bieten, die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Ausstellungslandes eingehend kennen zu lernen.

Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums in Amerika. Von der Handelskammer Chemnitz geht folgende Mitteilung zu: Bekanntlich ist zwischen den Vertretern der in der Bar Clamants Association vereinigten amerikanischen, nach den Verträgen von Versailles und Berlin am beschlagnahmten deutschen Eigentum pfandberechtigten Gläubiger einerseits und Vertretern der deutschen Interessen andererseits eine vorläufige Verständigung über die Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika erreicht worden. Diese ist bedingt, an amerikanischer Seite durch die Genehmigung des Kongresses und auf deutscher Seite durch die Zustimmung eines nach dem Kapital berechneten Mehrheits der deutschen Beteiligten an den beschlagnahmten, noch in der Verwaltung der Allian Property Custodian befindlichen Wertes und der freiwilligen Uebernahme ihrerseits von Bonds im Betrage von 50 Millionen Dollar zum Nennwerte a conto ihrer Forderungen. Alles Nähere können Interessenten durch Anfrage bei der Handelskammer Chemnitz erfahren, die die erforderlichen Unterlagen auf Wunsch umgehend zusendet. Das Zustandekommen des Vertrages liegt zweifelslos im Interesse der deutschen Wirtschaft. Eine Beschleunigung ist dringend geboten, da bis Ende Januar 1926 die deutschen Vertreter im Besitze der Nachrichten über die geschätzten Beträge sein müssen.

Unbekannter Mord. Zu unbekannter Stunde hat der Tod die im Grundstücke des „Cambrinus" wohnende Witwe Emilie Raumann überfallen. Seit Sonnabend hatte man die Frau nicht gesehen. Da suchte sie der Wirt am Dienstag nachmittag auf, fand aber die Tür durch Roste verschlossen. Es wurde die Polizei benachrichtigt und in deren Gegenwart die Roste entfernt. Weder im Wohnzimmer noch in der Schlafkammer war die Inwohnerin zu sehen. Da fand man die Leiche in der Küche, am Ofen zusammengesunken, tot auf. Die Wunden waren noch ausgegossen, in der Küche brannte noch die Gasflamme. Kriminalabteilung und Bezirksarzt wurden benachrichtigt und letzterer stellte den Tod durch Ungenuss fest.

Dresden. Gegen die Errichtung eines Waldfriedhofes im Gebiete der sogenannten Jungen Dresdner Heide hat sich auch die Staatliche Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege ausgesprochen. Die Staatliche Landesstelle tritt zwar in längeren Ausführungen der weitverbreiteten Anschauung entgegen, daß durch die Errichtung des Waldfriedhofes das Wasser für die angrenzenden Gemeinden, besonders Radewitz, hygienisch nicht einwandfrei werden